

## **Demokratie lebt von Bürgerbeteiligung**

An vielen Orten in Deutschland machen gegenwärtig Menschen mit völlig unterschiedlichen Lebensbezügen von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit Gebrauch. Sie gehen für ihre Anliegen auf die Straße – viele von ihnen zum ersten Mal. Sie geben sich nicht mehr damit zufrieden ihre staatsbürgerliche Pflicht nur alle vier, fünf Jahre auszuüben und zur Wahl zu gehen, sondern sie wollen mitreden und sich einmischen. Sie fordern mehr Beteiligung und Mitsprache auch zwischen den Wahlterminen ein. Das tut unserer Demokratie gut.

Im Mittelpunkt ihres politischen Engagements stehen dabei vielfach Bauprojekte und Infrastrukturvorhaben vor der eigenen Haustür oder in der Region. Gemeinsam ist dem Protest, dass die Menschen früher und effizienter beteiligt werden wollen an Diskussionen und Entscheidungen, die sie konkret betreffen. Und so verbindet sich mit dem Engagement für (Selbst-) Gestaltung auch der Frust über (Fremd-) Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht als staatlicher Souverän, sondern als bloße Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Entscheidungen. Das schadet unserer Demokratie und begünstigt undemokratische Bewegungen, wie zum Beispiel die Beteiligung an Protestaktivitäten aus dem rechtsextremen Spektrum. Wahlerfolge extrem rechter Parteien auf Landes- bzw. Kommunalebene und eine oft unbefriedigend niedrige Wahlbeteiligung gehören zu den Symptomen einer Vertrauenskrise der Bevölkerung in die politische Alltagspraxis.

Es ist gut, wenn Bürgerinnen und Bürger auf die Straße gehen und ihre Anliegen in die eigene Hand nehmen, mit Herz und Verstand. Demokratie braucht leidenschaftliche Demokratinnen und Demokraten, keine unterwürfigen Untertanen. Demokratisches Miteinander lebt vom Gespräch, von der Bereitschaft zuzuhören und auch die andere Seite zu sehen. Das bessere Argument muss sich durchsetzen. Zuhören, das müssen nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern auch staatliche Stellen und kommunale Verwaltungen. Daran hat es in der Vergangenheit zu oft gemangelt.

Eine lebendige Demokratie braucht Partizipation, Mitsprache und offene Ohren. Sie muss aber auch Entscheidungen hervorbringen, die der Gesellschaft nützen und das Gemeinwohl über Partialinteressen stellen. Neben den tatsächlich demokratischen und partizipativen Entscheidungsverfahren sind gute und nachvollziehbare Ergebnisse politischen Handelns eine zentrale Legitimationsressource unseres Gemeinwesens.

Die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, sind immens und damit auch die Anforderungen an die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen. 60 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes ist unsere Demokratie noch lange nicht „fertig“.

### **Bessere Planungsprozesse durch mehr Partizipation**

Wie in einem Brennglas verdichtet sich die „demokratische Frage“ bei großen Infrastrukturvorhaben. Um der Gesellschaft als Ganzes eine Zukunft zu bieten, um Probleme wie den Klimawandel zu lösen oder Anforderungen einer modernen Arbeitsgesellschaft gerecht zu werden, brauchen wir den Umbau von Infrastrukturen – seien es neue Energienetze, neue Mobilitätsstrukturen oder der Anschluss aller Regionen ans Internet. Ohne eine bessere BürgerInnenbeteiligung und mehr demokratische Mitsprache wird das nicht gelingen. Aber wir Grüne sind überzeugt: Effizienz und Partizipation sind kein Widerspruch. Eine bessere BürgerInnenbeteiligung ist kein Bremsklotz auf dem Weg in die Zukunft, sondern kann – im Gegenteil – zum Turbo werden, denn sie macht Vorhaben klüger und schneller. Außerdem trägt sie zu demokratischer Bildung und Befähigung von Bürgerinnen und Bürgern bei. Je öfter und je mehr diese sich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen, desto tiefer wird das demokratische Bewusstsein in der Bevölkerung verankert.

Große Planungsprojekte ohne angemessene Beteiligung und Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger stellen sich oftmals am Ende des Planungsprozesses als weder wirtschaftlich noch umwelt-, verkehrs- oder stadtentwicklungspolitisch sinnvoll heraus - zu einem Zeitpunkt also, wo es bereits zu spät ist, noch etwas zu verändern. Die Ergebnisse einer solchen verfehlten Politik stehen dann als Bauruinen in der Landschaft herum oder liegen den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ohne Nutzen auf der Tasche. Man denke nur an die zahlreichen überproportionierten Regionalflugplätze in Ost und West.

Stuttgart 21 zeigt auch, dass protestierende Bürgerinnen und Bürger nicht bloß „Nein-Sager“ sind, die sich gegen Vorhaben stellen, weil diese ihre privaten Interessen betreffen. Denn die Gegnerinnen und Gegner des Tiefbahnhofs sind gleichzeitig Befürworterinnen und Befürworter eines modernisierten Kopfbahnhofs, dessen Leistungsfähigkeit in der Schlichtung sogar die Stuttgart-21-Befürworter eingestehen mussten.

Es gibt gute Beispiele dafür, dass es auch anders geht und dass Großprojekte auch auf die Akzeptanz der Bevölkerung stoßen können: Die Neue Eisenbahn-Alpentransversale NEAT in der Schweiz mit dem Bau des Lötschberg- und des Gotthard-Basistunnels ließen sich nicht ohne den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger auf den Weg bringen.

Das Argument, mehr Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern oder Umweltverbänden führe zu vermehrten gerichtlichen Klagen und damit zu Verzögerung, überzeugt nicht. Bürgerproteste und Klagen folgen in aller Regel aus der Tatsache, dass Bedarfsentscheidungen ohne hinreichende BürgerInnenbeteiligung getroffen wurden oder Probleme und Konflikte in der Planung nicht adäquat berücksichtigt wurden. Klagemöglichkeiten sind ohnehin nur gegeben, wenn gravierende Verfahrensfehler vorliegen. Eine stärkere, bessere und frühere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und Verbände ist daher kein Bremsklotz. Beteiligung kann zu einem Instrument der Beschleunigung und Sicherung und sogar zur Verbesserung der Planungsqualität werden.

Das aber setzt voraus, dass wir unsere Demokratie fortentwickeln und den Menschen die Mitsprache einräumen, die ein modernes Gemeinwesen braucht um adäquate, demokratisch legitimierte und anerkannte Entscheidungen zu treffen und effizient umzusetzen.

### **Eine lebendige Zivilgesellschaft ermöglichen**

Demokratie bedeutet nicht nur politische Teilhabe, sondern gesellschaftliche Teilhabe. Für eine lebendige Zivilgesellschaft braucht es neben weitergehenden Beteiligungsverfahren eine offene, transparente Diskussion und die Beteiligung aller im Gemeinwesen. Der Grundstein für das Vertrauen in Mitgestaltung und Beteiligung kann vor Ort gelegt werden. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Ressource ziviler Bürgerkultur. Dafür müssen über Fördermöglichkeiten, Haftungsfragen, Anerkennung oder auch Beratungsstellen die Rahmenbedingungen gesichert sein. Denn Beteiligung beginnt im Kleinen - etwa mit dem Engagement für die nachbarschaftliche Begegnungsstätte oder dem Skating-Park um die Ecke.

Einen wichtigen Beitrag leisten auch die zivilgesellschaftlichen Initiativen. Ihr Engagement darf nicht durch den Staat reglementiert oder gar kriminalisiert werden, wie es beispielsweise den Projekten gegen Rechtsextremismus in den Bundesförderprogrammen ergeht. Diese Initiativen müssen als Fördervoraussetzung eine sogenannte „Extremismusklausel“ unterzeichnen, die die Verpflichtung enthält, alle ihre Partnerorganisationen, Referenten usw. weltanschaulich zu überwachen. Solche Aufgaben sollten dem Verfassungsschutz vorbehalten bleiben – und dies auch nur in wirklich begründeten Verdachtsfällen. Ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Anderen, wie es die Bundesregierung den zivilgesellschaftlichen Initiativen entgegenbringt, behindert eine sachorientierte Debatte.

### **Brauchen wir eine Demokratie-Enquete?**

Über die Einrichtung einer Demokratie-Enquete kann man nachdenken. Die besondere Herausforderung einer Demokratie-Enquete wird allerdings sein, konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie man Bürgerinnen und Bürger vor Ort optimal beteiligt.

Wir Grüne sind aber auch der Meinung, dass wichtige gesellschaftliche Fragen nicht ausschließlich in Kommissionen und Expertengremien ausgelagert werden sollten. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, wie man Planungsverfahren demokratischer, bürgerfreundlicher und effizienter gestaltet, bürgerschaftliches Engagement stärkt und wirksam gegen Rechtsextremismus vorgeht.

Für solche Prozesse brauchen wir auch verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen, beispielsweise geeignete Förderprogramme zur Vitalisierung der Demokratie oder öffentliche Wettbewerbe sowie einen Abbau bürokratischer Hürden bei der Mittelbeantragung. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen vom Staat als Verbündete im Bemühen um mehr Partizipation und bürgerschaftliches Engagement auf Augenhöhe integriert werden.

Die Grüne Bundespartei arbeitet bereits seit über einem Jahr in einer eigens eingerichteten Demokratie-AG an diesen Themen. Am 13. März findet in Mainz ein großer Demokratiekongress statt, an dem jede und jeder Interessierte teilnehmen kann: <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/demokratiekongress-in-mainz.html>. Die Arbeit der Demokratie-AG mündet dann am 2. Juli in einem Zukunftskongress.

Innerhalb der grünen Bundestagsfraktion beteiligen sich neben anderen insbesondere die Abgeordneten Ingrid Hönlinger, Dr. Anton Hofreiter, Britta Haßelmann und Monika Lazar an dieser Diskussion.

**Ingrid Hönlinger, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ist Sprecherin für Demokratiep politik sowie Mitglied und Obfrau im Rechtsausschuss.

**Kontakt:** [ingrid.hoenlinger@bundestag.de](mailto:ingrid.hoenlinger@bundestag.de)